

Drucksache 18/2000, Antragsteller ist die AfD: Wer stimmt zu? – Die AfD. Wer lehnt ab? – SPD, Grüne, CDU, FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/2000 abgelehnt**.

Jetzt machen wir einen Sprung zur Drucksache 18/2034. Antragsteller ist die FDP. Wer stimmt zu? – SPD, FDP, AfD. Wer lehnt ab? – Grüne und CDU. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2034 abgelehnt**.

Drucksache 18/2035, Antragsteller ist die FDP: Wer stimmt zu? – SPD, FDP. Wer lehnt ab? – Grüne, CDU und AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/2035 abgelehnt**.

Drucksache 18/2036, der Antragsteller ist erneut die FDP: Der stimmt zu? – SPD, FDP, AfD. Wer lehnt ab? – Grüne und CDU. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/2036 abgelehnt**.

Drucksache 18/2037, Antragsteller ist erneut die FDP: Wer stimmt zu? – SPD, FDP, AfD. Wer lehnt ab? – Grüne und CDU. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser **Änderungsantrag Drucksache 18/2037 abgelehnt**.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 04 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan zu? – Das sind die Fraktionen von CDU und Grünen. Wer lehnt den Einzelplan ab? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 04 angenommen**.

Wir kommen damit zu:

Einzelplan 08 Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung

a) Kommunales und Heimat

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2023 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2023 – GFG 2023)

Ich darf die Aussprache eröffnen. Der Kollege Moor ist schon hier. Darüber freue ich mich sehr. Auf geht's.

Justus Moor (SPD): Ich mich auch, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen!

Das GFG 2023 ist „ein Abbild der besseren Einnahmen aus der Vergangenheit“, wird „aber den Anforderungen der gewaltigen Krisen, in denen wir uns befinden, nicht gerecht.“ Die Kommunen haben „allen Grund zu massiver finanzieller Besorgnis“.

Das ist ein Zitat des Hauptgeschäftsführers des Städte- und Gemeindebundes NRW Christof Sommer.

Ein weiteres Zitat:

„Die Krise trifft die Kommunen mit voller Wucht, in ganz NRW rechnen die Kämmerer im Haushalt 2023 mit millionenschweren Defiziten. Selbst die Kommunen, die noch finanzielle Reserven hatten, bluten jetzt aus.

Die Städte und Gemeinden stehen vor einer ernsten Finanzkrise. Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen bei Weitem und zwingen die Kommunen, mehr Liquiditätskredite aufzunehmen.“

Dieses Zitat stammt von Dr. Eckhard Ruthemeyer, Präsident des Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister der Stadt Soest.

Sehr geehrte Frau Ministerin Scharrenbach, das sind zwei Aussagen Ihrer Parteifreunde aus der jüngsten Vergangenheit. Ich sage das, damit nicht der Eindruck entsteht, es gebe hier eine rein parteipolitische Auseinandersetzung. Nein, es sind die Stimmen aus Ihrer Partei, die nach Ihrer Hilfe rufen – erfolglos. Es sind die Stimmen der Städte, der Kreise, der Gemeinden, die nach echter Unterstützung rufen – erfolglos.

Dass Sie den Städten und Gemeinden in dieser schwierigen Lage dann noch nahegelegt haben, sie sollten etwas auf die Seite legen,

(Kirsten Stich [SPD]: Das ist überheblich!)

hat man dort berechtigterweise als blanken Hohn empfunden.

(Beifall von der SPD – Kirsten Stich [SPD]: Ja, logisch! – Jochen Ott [SPD]: Eiskalt ist das!)

So ist das aber mit der selbst erklärten Kommunalfreundlichkeit. Sie ist eben nur selbst erklärt, sie ist nicht real.

(Beifall von der SPD)

Es gibt keine finanzielle Unterstützung von Ihnen für unsere Kommunen in diesen herausfordernden Zeiten. Seit Wochen und Monaten bekommen Sie und wir die Forderung aus den Kommunen, dass es echte Hilfen, echtes Geld braucht. Stattdessen betätigen Sie sich als Schuldentreiberin unserer Städte. Ohne zusätzliche finanzielle Hilfe werden die Kassenkredite wieder steigen. Sie haben den Stärkungspakt Stadtfinanzen nicht nur einfach ohne Not

auslaufen lassen, sondern es auch geschafft, seine Erfolge binnen kürzester Zeit zunichte zu machen.

(Beifall von der SPD)

Sie halten weiter an den Krediten aus den GFG der beiden vergangenen Jahre und damit an den zusätzlichen Schulden für unsere Kommunen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro fest.

Sie zwingen den Kommunen neue Altschulden auf, indem Sie die Kommunen zwingen, Finanzschäden als fiktives Vermögen zu verbuchen. Das zeigt allein sprachlich den hanebüchernen Ansatz, für den Sie sich entschieden haben.

Was es stattdessen braucht, sind echte Finanzmittel für unsere Kommunen. Wir wollen unsere Städte und Gemeinden, die Kreise, also die Ebene, die das alltägliche Leben der Menschen in NRW organisiert und ihnen damit ein Zuhause gibt, finanziell stärken. Dafür wollen wir sie am geplanten Sondervermögen mit dem ihnen zustehenden Mindestanteil von 23 % teilhaben lassen, also: 1,15 Milliarden Euro zusätzliche Mittel für die Städte und Gemeinden in NRW.

(Beifall von der SPD)

Mit dieser Nachbarschaftsmilliarde können Städte und Gemeinden ihre Arbeit für die Menschen vor Ort gewährleisten. Sie können die Standards aufrechterhalten, die für die Menschen vor Ort wichtig sind, und sie können Angebote und Infrastruktur aufrecht erhalten, die sie andernfalls zum Leidwesen der Menschen in NRW abbauen müssten.

Darüber hinaus wollen wir perspektivisch den Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes, den sogenannten Verbundsatz, erhöhen.

Außerdem wollen wir die Städte und Gemeinden von den von Ihnen aufgebürdeten Schulden entlasten, also die Kredite aus den letzten beiden GFG erlassen und eine substantielle Beteiligung des Landes an der Abtragung ihrer neuen Altschulden, den isolierten Finanzschäden in Milliardenhöhe.

(Beifall von der SPD)

Das Gemeindefinanzierungsgesetz 2023 setzt eine unrühmliche Tradition dieser Ministerin fort. Es werden immer mehr Gelder nicht nach Finanzkraft der Kommunen, sondern pauschal verteilt. Auch wenn Frau Scharrenbach gerne den Eindruck vermitteln möchte, es handele sich um mehr Geld für gewisse Themen, ist es nur eine Verlagerung von Geldern innerhalb der kommunalen Familie.

Das zeigt sich sehr schön an der neuen Forstpauschale. So richtig die Unterstützung von Kommunen ist, die unter den Kalamitäten, der Dürre und dem Käferbefall in ihren Wäldern leiden, so richtig ist es auch, dass diese Forstpauschale kein eigenes Geld des Landes ist. Es wird lediglich anderen Kommunen

weggenommen. Es wird innerhalb des GFG verlagert. So gehen Sie da vor.

(Beifall von der SPD)

Auch die anderen Verlagerungen von Mitteln weg von einer Verteilung nach Finanzkraft hin zu Pauschalen unterhöhlt zunehmend den Grundgedanken des kommunalen Finanzausgleichs. So sind der Haushalt und das Gemeindefinanzierungsgesetz nicht zustimmungsfähig. – Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Christof Rasche: Das war noch knapp in der Zeit, an die wir alle uns halten wollen. – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Heiner Frieling das Wort.

Heinrich Frieling (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Moor, Sie sind mit Zitaten gestartet. Auch ich will das tun. Wir reden ja heute über den Haushalt des Ministeriums für Heimat und Kommunales. Deswegen möchte ich mit unserem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier beginnen,

(Christian Dahm [SPD]: Sehr gut!)

der in seiner viel beachteten Rede zur Lage der Nation am 28. Oktober folgende Worte gesagt hat und damit auch endete – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Vertrauen wir einander – und vertrauen wir uns selbst! Und lassen wir uns nicht entmutigen vom Gegenwind, der uns in dieser neuen Zeit entgegenweht. Es kommt nicht darauf an, dass alle dasselbe tun – aber dass wir eines gemeinsam im Sinn haben: alles zu stärken, was uns verbindet!“

(Beifall von der CDU – Kirsten Stich [SPD]: Damit meint er die Stärkung der Städte!)

„Alles stärken, was uns verbindet“ – das tun wir in Nordrhein-Westfalen bereits seit einigen Jahren sehr erfolgreich.

(Jochen Ott [SPD]: Leider nicht!)

Im Mittelpunkt steht dabei unser sehr erfolgreiches Heimatförderprogramm „Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. – Wir fördern, was Menschen verbindet“. Über die verschiedenen Fördersäulen von kleinen Heimat-Schecks bis hin zu großen Projekten der Heimatzeugnisse wurden in der vergangenen Legislaturperiode 150 Millionen Euro bereitgestellt. Nie hat Nordrhein-Westfalen so viele Heimatprojekte gefördert und damit zur besonderen Stärkung der lokalen und regionalen Identität beigetragen.

(Beifall von der CDU)

Wir werden auch weiterhin Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen, die positiv gelebte Vielfalt in unserem Bundesland sichtbar zu machen. Mit dem hier vorgelegten Einzelplan 08 verstetigen wir die bewährte Heimatförderung mit rund 33,7 Millionen Euro. Wir fördern, was Menschen verbindet.

Auch unsere Städte und Gemeinden, unsere Kreise und Gemeindeverbände leisten sehr viel für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Als Zukunftscoalition stehen wir fest an der Seite unserer Kommunen und stellen ihre Handlungsfähigkeit auch in Krisenzeiten sicher.

Das zeigt auch das Gemeindefinanzierungsgesetz 2023, das Finanzzuweisungen in Rekordhöhe von 15,2 Milliarden Euro vorsieht. Das ist ein sattes Plus von 8,27 % im Vergleich zum Vorjahr.

Besonders positiv hervorgehoben wurde in der Sachverständigenanhörung, dass wir im GFG 2023 zunächst auf die Rückzahlung von 1,5 Milliarden Euro kreditierter Aufstockung aus den GFG-Jahren 2020 und 2021 verzichten und damit weitere finanzielle Spielräume für die Kommune erhalten.

Immer wenn Sie in der Opposition sind, Herr Kollege Mohr, reden Sie darüber, dass der Verbundsatz erhöht werden soll. Darüber haben wir an dieser Stelle auch schon gestritten. Währenddessen tragen Sie in Berlin dazu bei, dass die Verbundmasse verringert wird, und das merken die Kommunen gerade auf doppelte Art und Weise.

(Bianca Winkelmann [CDU]: So ist das!)

Wenn Sie schon nach echtem Geld und nach echten Hilfen rufen, kann ich nur sagen: Allein in diesem Jahr gibt es noch einmal über 769 Millionen Euro zusätzlich für die Kommunen; 500 Millionen Euro Coronazuweisung, wie im Kommunalgipfel zugesagt, und weitere 269,2 Millionen Euro in der Umsetzung der Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz.

(Beifall von der CDU)

Das zeigt: Unsere Kommunen können sich auch in schwierigen Zeiten auf die schwarz-grüne Landesregierung und die Zukunftscoalition verlassen.

Wichtig ist uns auch das Miteinander der Kommunen. Daher unterstützen wir weiter die interkommunale Zusammenarbeit im gleichen Umfang wie bisher und stellen rund 6 Millionen Euro Förderung dafür zur Verfügung, ebenso für die digitalen Modell- und Transferprojekte unserer Kommunen.

Auch die Ruhr-Konferenz unterstützen wir weiterhin mit 850.000 Euro. Mit diesen Mitteln sollen insbesondere die sozialräumlichen und ökologischen Folgen des klimagerechten Umbaus von Industrie und Wirtschaft begleitet und der Metropolgedanke ausgebaut werden.

Aber auch die Bürgerinnen und Bürger können sich auf die Zukunftscoalition verlassen. Wir haben zugesagt, die Bürgerinnen und Bürger vollständig von Straßenausbaubeiträgen zu entlasten, und das rückwirkend zum 01.01.2018.

Wir halten Wort und stellen auch in diesem Haushalt wieder 65 Millionen Euro dafür bereit. Damit steht fest: Eigentümerinnen und Eigentümer zahlen auch weiterhin keine Straßenausbaubeträge mehr.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Oh! – Christian Dahm [SPD]: Was ist das für eine Mär?)

Insgesamt zeigt dieser Haushalt, dass die Zukunftscoalition fest an der Seite unserer Bürgerinnen und Bürger und unserer Kommunen steht.

(Jochen Ott [SPD]: Die Agitprop der CDU hat wieder zugeschlagen!)

Wir sichern die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen und fördern, was Menschen verbindet. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Lieber Heiner Frieling, herzlichen Dank. Das hat gepasst mit der Zeit. – Der Kollege Dirk Wedel hat das Wort für die FDP-Fraktion.

Dirk Wedel (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Anhörung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2023 hat gezeigt, dass sich die Kommunen durch die multiplen Krisen der Gegenwart in einer ernstesten finanziellen Lage befinden.

Die Steigerung der Verbundmasse für 2023 wird durch die Inflation mehr als aufgezehrt. Kostensteigerungen insbesondere im Baubereich, bei den Energiepreisen, den Treibstoffpreisen im ÖPNV, den Schülerbeförderungskosten und an vielen anderen Stellen sowie voraussichtlich überdurchschnittliche Personalkostensteigerungen aufgrund neuer Tarifabschlüsse belasten die kommunalen Haushalte exorbitant.

Frau Ministerin Scharrenbach, Ihr Rat an die Kommunen bei der Vorstellung der Eckpunkte des GFG, höhere Zuweisungen auf die Seite zu legen, geht, wie die Sachverständigen unisono bestätigt haben, an der Realität vorbei.

(Beifall von der FDP)

Für den Verzicht auf die Umsetzung der zweiten Stufe in der Differenzierung der fiktiven Hebesätze haben wir weiterhin keine einleuchtende Begründung gehört. Allein der Hinweis auf eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag reicht nicht. In der Sache werden Sie nach ihren letztjährigen, dezi-

dierten Darlegungen und denjenigen Ihres Hauses, weshalb die Differenzierung der fiktiven Hebesätze sachlich und statistisch geboten sei, auch keine triftige Begründung finden.

Ebenfalls aus der Anhörung mitgenommen habe ich, dass wir beim Soziallastenansatz erneut überprüfen müssen, ob allein die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nach der Erhöhung der Erstattungsquote an den Kosten der Unterkunft durch den Bund noch der richtige Indikator für den Ansatz ist oder nach dem Vorbild anderer Bundesländer beispielsweise durch die Anzahl der jungen Menschen ergänzt werden sollte.

Die Forstpauschale gehört nicht ins GFG, sondern in einen Titel im Haushalt, wo sie noch im Jahr 2021 als kommunale Waldschadenshilfe in identischer Höhe etatisiert gewesen ist. Zu Recht wurde sie in der Anhörung vom Städtetag als – Zitat – „erzwungene Solidarität“ bezeichnet. Kreise und Landschaftsverbände profitieren allerdings trotz eigener Wälder davon nicht.

Ihrer Ankündigung, den Förderdschungel zu lichten und dafür die Pauschalen an die Kommunen zu erhöhen, lassen Sie, Frau Ministerin Scharrenbach, für das Jahr 2023 keine Taten folgen.

Was den Einzelplan 08 in den Bereichen „Heimat“ und „Kommunales“ angeht, ist es natürlich zu begrüßen, dass sinnvolle schwarz-gelbe Projekte wie beispielsweise das Heimatprogramm und die Förderung der interkulturellen Zusammenarbeit unverändert fortgeführt werden.

Eigene Akzente der schwarz-grünen Koalition sucht man hingegen vergeblich. In Ihrem Koalitionsvertrag haben Sie zum Thema „Altschulden“ bereits für das Jahr 2023 eine Lösung angekündigt. Für eine haushaltsmäßige Umsetzung haben Sie – unabhängig davon, ob eine Bundesbeteiligung zustande kommt oder nicht – die Voraussetzungen dafür allerdings nicht geschaffen. Sie haben nicht einmal einen entsprechenden Strichansatz eingerichtet.

Auch die Mittel zur Kompensation der Straßenausbaubeiträge werden nicht erhöht. 2023 jedenfalls scheinen Sie Ihr Versprechen, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen, nicht einlösen zu wollen. Dazu passt, dass Sie, Frau Ministerin, auch im Ausschuss erklärt haben, sie hätten derzeit andere Prioritäten.

Frau Ministerin, im Hinblick auf den neuen Zuschuss an das Fifo hatten Sie im Ausschuss auf das Bericht-erstattegespräch verwiesen. Dort waren Ihre Beamten zu dem Thema allerdings mehr als schmallippig. So richtig scheint in Ihrem Haus noch niemand zu wissen, wozu die eingestellten 300.000 Euro dienen sollen, außer dass ad hoc Leistungen abgerufen werden können.

Da sind wir gespannt, mit welchem Gutachten Sie uns demnächst überraschen. Hat das vielleicht etwas mit Monheim zu tun?

Den Zuschuss an das Fachnetzwerk für Fördermittelakquise der Kommunalagentur NRW haben Sie dagegen gestrichen – unverständlicherweise, da die Komplexität der Förderprogramme von Bund und EU unverändert hoch und die Aufgabe, Kommunen bei der Fördermittelakquise unter die Arme zu greifen, nach wie vor aktuell ist.

(Beifall von der FDP)

Zu unserem Erstaunen haben Sie diese Position im Weg der nachträglichen Sinngebung zu einer einmaligen Anschubfinanzierung erklärt. In den Erläuterungen zum Haushalt 2022 war davon nämlich noch keine Rede.

Weder das Gemeindefinanzierungsgesetz noch die Ansätze für Kommunales im Einzelplan 08 sind geeignet, die ernste Lage der Kommunen zu verbessern. Dementsprechend lehnen wir beides ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Kollegen der Grünen hat jetzt Dr. Robin Korte das Wort, bitte schön.

Dr. Robin Korte (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Selten wurde wohl eine Haushaltsdebatte des Landtags vonseiten unserer Kommunen und hier insbesondere vonseiten der Kämmerinnen und Kämmerer mit so großen Erwartungen begegnet wie in diesem Jahr.

(Kirsten Stich [SPD]: Sie werden enttäuscht.)

Denn die zentrale Aufgabe, vor der diese Landesregierung wie möglicherweise keine vor ihr steht, ist nichts weniger als die wirtschaftliche, soziale und – in die Zukunft geschaut – auch klimapolitische Existenzsicherung unserer Städte, Gemeinden und Kreise in Zeiten einer umfassenden Krise der öffentlichen Haushalte.

Die Beschlüsse, die wir mit diesem Haushalt fassen werden, zeigen: Die Landesregierung stellt sich dieser Aufgabe. CDU und Grüne stehen an der Seite unserer Kommunen, hören zu und handeln danach.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Für dieses Prinzip steht zuallererst das vorliegende Gemeindefinanzierungsgesetz, das GFG, das im kommenden Jahr für Rekordzuweisungen in Höhe von über 15 Milliarden Euro an unsere Städte, Gemeinden, Kreise und natürlich auch die Landschafts-

verbände sorgen wird und damit eine solide Grundlage für die kommunale Handlungsfähigkeit schafft.

Auch wenn das vorliegende Gesetz naturgemäß nicht jede und jeden zu hundert Prozent zufriedenstellen kann, wird es – das hat die Sachverständigenanhörung klar gezeigt – von der kommunalen Familie in ihrer Breite mitgetragen.

(Lachen von Jochen Ott [SPD] – Kirsten Stich [SPD]: Von wem denn?)

Im Gegensatz zum vergangenen Jahr, in dem der Streit nicht zu überhören gewesen sein muss, überwog in der Anhörung unter den kommunalen Spitzenverbänden eindeutig die Anerkennung, dass das GFG 2023 in seiner Höhe der Rekordinflation trotzt und in seiner Verteilung in dieser Situation einen guten Kompromiss darstellt.

Anerkennung gefunden hat insbesondere auch die Tatsache, dass es 2023 keinen Vorwegabzug zur Rückzahlung der in den vergangenen beiden Jahren kreditierten Mittel in Höhe von insgesamt fast 1,5 Milliarden Euro geben wird. Das ist für das kommende Jahr immerhin eine Summe, die dem Dreifachen der bereits angesprochenen Klima- und Forstpauschale entspricht.

Die Zitate, die Sie, lieber Herr Moor, aus meiner Sicht aus dem Zusammenhang gezogen in den Raum werfen, geben jedenfalls nicht die Haltung der kommunalen Spitzenverbände aus der Anhörung wieder – die kommunalen Spitzenverbände, die durchaus einen realistischen und wertschätzenden Blick auf die Gesamtlage und auf dieses Gemeindefinanzierungsgesetz gerichtet haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zuruf von Kirsten Stich [SPD])

Ich will auf die Details der GFG-Konstruktion nicht näher eingehen, darüber hinaus aber nicht außen vor lassen, dass in der Sachverständigenanhörung natürlich auch Fragen an die Zukunft des kommunalen Finanzausgleichs formuliert wurden. Das betrifft vor allem die Frage der Altschulden, die auch in dieser Anhörung verständlicherweise ihren Raum eingenommen hat.

Vor dem Hintergrund bin ich der Kommunalministerin und dem Landesfinanzminister außerordentlich dankbar, dass sie Wort halten und der Bundesregierung erstmals – ich betone: erstmals – konkrete Gespräche über eine Altschuldenlösung in einer ranghoch besetzten Arbeitsgruppe abgerungen haben.

Wenn wir uns auch die in diesem Haushalt oft genug diskutierte Entstehungsgeschichte der Altschulden vor Augen führen, dann ist es doch das Mindeste, dem Bund seine Mitverantwortung für Problem und Lösung hier vor Augen zu führen und zu fordern, dass er sich an der Lösung der Altschuldenfrage beteiligt. Gleichzeitig gilt das zentrale Versprechen, das

unsere Regierungskoalition wiederum erstmals verbrieft hat: Wir werden als Land handeln, auch wenn der Bundeskanzler und der Bundesfinanzminister weiterhin auf Zeit spielen sollten, weil wir wissen, dass eine Altschuldenlösung gerade in der jetzigen Zeit so wichtig für unsere Kommunen ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Das war Herr Scholz, der das angetrieben hat!)

Ich will noch zwei weitere Punkte ansprechen, die zwar nicht originär im Haushaltsgesetz und auch nicht im GFG stehen, die die kommunale Familie und ihre Finanzen aber dennoch umso stärker beschäftigen. Es war aus kommunaler Sicht ein extrem wichtiges und gutes Zeichen unserer Landesregierung, dass sie mit offenen Ohren in den Kommunalgipfel gegangen ist und gehandelt hat.

Herausgekommen ist 1 Milliarde Euro für die Kommunen, davon stammen 500 Millionen Euro zusätzlich aus dem Landeshaushalt. Das ist Geld, das angesichts der anhaltenden Unsicherheiten für die kommunalen Haushalte auch dringend gebraucht wird. Dies ist einvernehmlich und ohne langes Feilschen geschehen.

Nicht in diesem Haushalt zu finden, aber essentiell wichtig für unsere Kommunen ist der von der Regierungskoalition gespannte Sicherheitsschirm für unsere kommunalen Stadtwerke in Höhe von 5 Milliarden Euro. Insofern ist es an dieser Stelle auch nicht redlich, wenn man hier so tut, als sei es mit dem GFG, auch wenn es gut ist, schon alles gewesen, was unsere Koalition für die Kommunen tut. Denn gerade mit diesen zusätzlichen Haushaltsmitteln und Sicherheiten sichern wir als Koalition die Handlungsfähigkeit der Kommunen. Nichts wird wichtiger sein in den kommenden Monaten, die für uns alle anstrengend werden, vor allem aber für die Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen vor Ort.

Ich fasse zusammen: Als regierungstragende Fraktionen übernehmen wir mit diesem Haushalt und darüber hinaus die Verantwortung für eine solide, seriöse, gerechte und belastbare Finanzierung unserer Kommunen und sichern die Handlungsfähigkeit vor Ort mit zusätzlichen Mitteln für die Aufwendungen im Rahmen der Coronapandemie und der Unterbringung und Integration Geflüchteter, mit einem Sicherheitsschirm für die Stadtwerke, mit einem transparenten Gebührenrecht und pragmatischen Regelungen im Haushaltsrecht – darüber werden wir gleich noch sprechen – und ab 2024 zusätzlich auch mit einem Angebot zur Lösung der Altschuldenfrage. Damit lohnt es sich, diesem Haushalt zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die AfD-Fraktion hat Sven Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler¹⁾ (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will dieses Jahr schwerpunktmäßig auf das eingehen, was man bei der CDU unter Heimatpolitik versteht. Das steht zwar hier wie immer in Verbindung mit der Gemeindefinanzierung, die natürlich den Löwenanteil dieses Haushaltstitels ausmacht, aber es soll nicht sein, dass deswegen die Heimat immer hinten über fällt.

Vorab aber noch ein Wort zum GFG: Es ist natürlich wohlfeil, wenn sich die Landesregierung für die höchsten Zuweisungen an die Kommunen in absoluten Zahlen feiert. Bei einer Inflationsrate im zweistelligen Bereich kommt am Ende an echter Kaufkraft natürlich weniger bei den Kommunen an als im Vorjahr, und das bei gestiegenen Belastungen. Das sollte man eigentlich auch mit NRW-Abitur ausrechnen können.

Deshalb wird sich die Finanznot in der Fläche im kommenden Jahr auch weiter verschärfen. Neben steigenden Zinsen und Energiekosten machen sich bei unseren Städten und Gemeinden vor allem auch die Lasten der Migration, und zwar nicht nur aus der Ukraine, bemerkbar – Probleme, die woanders verursacht werden, aber deren Rechnung dann bei den Kommunen landet.

Nun aber zur Heimatpolitik. Dort können wir nach fünfeinhalb Jahren von der CDU eigentlich zumindest einmal eine Definition des Wortes „Heimat“ erwarten. Da ist man aber ein wenig zu hasenfüßig; wir haben das auch gerade wieder im Wortbeitrag bemerkt. Es bleibt also bei einer schönen Überschrift oder, wie es ein Journalist bezeichnet hat, bei einer Hohlformel ohne Inhalt. Das passt aber vielleicht auch ganz gut zu einer Hohlpartei ohne Inhalt.

Wären Sie ehrlich, und hätten Sie nach 16 Jahren Merkel noch ein wenig Rückgrat übrig, würden Sie sich einmal darüber Gedanken machen, was zu unserer Heimat gehört. Das wäre die Grundvoraussetzung dafür, um Heimatpolitik zu machen.

Dann müsste man aber auch festlegen, was nicht zur Heimat gehört. Ich nenne ein Beispiel aus meiner Heimatstadt: In Köln gehört der Muezzinruf zu Köln. Vor Kurzem war die CDU noch der Meinung, dass das nicht der Fall sei. Heute hat sie ihn quasi mit eingeführt. Ist das der Heimatbegriff der christlich-demokratischen Union? Das kann ja sein. Seien Sie dann aber wenigstens so ehrlich und geben Sie zu, dass Sie gemeinsam mit anderen Parteien hier überwiegend an der Abwicklung einer christlich-abendländischen Kultur beteiligt sind.

(Zuruf)

Heimatpolitik in der Praxis bedeutet für Sie nichts anderes als Gefälligkeitspolitik: durch die Provinz fahren und wie ein Fürst großzügig sogenannte Heimatschecks für alles und jeden unters Volk streuen. Hauptsache es gibt schöne Fotos für die Lokalpresse.

Damit der neue Koalitionspartner dabei mitmacht, gibt es das jetzt auch noch in der Umweltversion. Mit den Umweltschecks kann jeder seinen Komposthaufen zum Insektenhotel umdeklarieren und darf auch ein bisschen profitieren. Es zahlt ja der Steuerzahler.

Als Indikator für den Erfolg der sogenannten Heimatpolitik verwendet man bei der CDU und auch im zuständigen Ministerium die Zahl der verteilten Schecks und die Summe der ausgeschütteten Forderungen. Diese steigt kontinuierlich und ist damit ein Ausweis für den Erfolg dieses Programms. Herzlichen Glückwunsch, liebe CDU, vermutlich ist dann die Zahl der Hartz-IV-Empfänger auch ein Beweis für eine besonders erfolgreiche Sozialpolitik und die Zahl der Strafgefangenen ein Beweis für eine besonders erfolgreiche Justizpolitik.

Meine Damen und Herren, der österreichische Schriftsteller Stefan Zweig schrieb, als er 1934 ins Exil ging:

„Am Tage, da ich meinen Paß verlor, entdeckte ich mit achtundfünfzig Jahren, daß man mit seiner Heimat mehr verliert als einen Fleck umgrenzter Erde.“

(Zuruf von Kirsten Stich [SPD])

Das ist ein Gefühl, das hierzulande inzwischen viele Menschen kennen. Sie erkennen ihre angestammten Städte, Stadtviertel nicht wieder, und sie fühlen sich fremd im eigenen Land, buchstäblich heimatlos. Hier müsste und muss eine ehrliche Heimatpolitik ansetzen und unsere Kultur, unsere Identität und unsere Werte bewahren, anstatt sie auszuverkaufen, zu verwässern und durch ein beliebiges Vielfaltsgeschwurbel zu ersetzen. Die Leute müssen auch wissen, dass das mit der CDU – ob sie nun vom Merkel oder Merz, von Laschet oder Wüst geführt wird – nicht zu haben ist.

Meine Damen und Herren, Sie verkaufen unsere Heimat viel zu billig. Da hilft es auch nichts, wenn Sie durchs Land gondeln, hier und da ein paar Trostpflaster ans Volk verteilen und das zynischerweise Heimatpolitik nennen. Schon alleine deshalb werden wir dem Haushalt auch an dieser Stelle nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat nun Ministerin Ina Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wissen Sie, Menschen ohne Rückgrat sind anfällig für das Gehen krummer Wege. Das machen insbesondere die Mitglieder der Partei des Vorredners deutlich. Sie gehen krumme Wege. Sie greifen unsere Demokratie an. Sie greifen unser System an. Sie greifen unsere Freiheit an. Sie greifen unsere Art, miteinander zu leben und umzugehen, an. Deswegen: Sie haben kein Rückgrat. Bevor Sie anderen in diesem Parlament vorwerfen, kein Rückgrat zu haben, sage ich ausdrücklich, dass auch für das Thema „Heimat“ gilt: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen machen Heimat.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Diese Landesregierung hat immer Wert darauf gelegt, dass wir Heimat nicht par ordre du mufti definieren und die Landesregierung sagt: „Heimat in Nordrhein-Westfalen ist ...“ Das können Sie in einem Land wie Nordrhein-Westfalen auch gar nicht, weil Nordrhein-Westfalen mit den Westfalen, mit den Rheinländern und mit den Lippern aus drei starken Landesteilen besteht. Deswegen gestalten eben Menschen diese Heimat und tragen dazu bei, dass die Identität und die Identifikation gewahrt wird, dass das zwischen den Generationen weitergegeben wird und dass sich Traditionen und Moderne gemeinsam entwickeln können.

Das fordern und fördern wir in aller Vielfalt, und das ist gelungen. Darauf sind wir, offen gesagt, auch stolz, weil Nordrhein-Westfalen in seiner Geschichte immer ein Einwanderungsland war. Das ist nicht etwas, wofür wir werben bzw. um Verständnis oder Vergleichbares werben müssten, sondern wir sind über jeden Menschen froh, der das Land Nordrhein-Westfalen bereichert,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

der mit uns an dieser Zukunft baut, die wir in diesem Land Nordrhein-Westfalen vorhaben. Das sind die Menschen mit Rückgrat, und das unterscheidet sich eben von denen, die Ihrer Partei sehr deutlich angehören.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Insofern setzt sich dann auch die Heimatpolitik fort. Darüber sind wir als Landesregierung Nordrhein-Westfalens sehr froh, weil es eben darauf ankommt, den Menschen nicht nur politisch zu sagen, dass ohne Ehrenamt kein Staat zu machen ist, was wir als Politikerinnen und Politiker ganz häufig tun. Das eine ist, das Wort zu schwingen. Das andere ist hingegen, die Ideen, die damit verbunden sind, in die Tat umsetzen zu lassen.

So ist es in den vergangenen Jahren gelungen, rund 6.000 Projekten in allen Facetten – von der kleinsten Stadt bis zur Großstadt – zur Umsetzung und in aller Ausprägung dessen zu verhelfen, wo Menschen sagen: Da bin ich zu Hause, da ist meine Heimat, und diese Heimat gestalte ich. Das ist deshalb so viel wert, weil es bei dem Punkt „Wie gestalte ich Heimat?“ auch immer darum geht, wie ich die Gesellschaft in schwierigen Zeiten zusammenhalte.

Deswegen ist es gut, dass im Zukunftsvertrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen für die laufende Legislaturperiode das Thema „Heimat“ nicht nur angelegt ist, sondern dazu auch ein deutliches Bekenntnis vorhanden ist, weil es in Nordrhein-Westfalen, in diesem wunderbar großen Land mit aller Verschiedenartigkeit, trotzdem viele gleiche Verständnisse gibt. Heimat ist eben da, wo ein Herz ist, und Heimat hat ganz viel mit Herz zu tun.

(Christian Loose [AfD]: Ach ja!)

Das Herz der Menschen in Nordrhein-Westfalen schlägt für dieses Land und für die Regionen.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Das ist ja so glaubhaft!)

Deswegen wird das in diesem Haushalt auch mit den entsprechenden Finanzmitteln unterlegt.

(Beifall von der CDU)

Sie haben bei der Lektüre des Einzelplans 08 gemerkt, dass es, wenn es um den Bereich „Heimat und Kommunales“ geht, ein guter Haushaltsentwurf ist, der hier vorgelegt worden ist, denn in schwierigen Zeiten sorgt er letztendlich für Verlässlichkeit.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Moor, ich zitiere eine sehr berühmte nordrhein-westfälische Dichterin: „O schaurig ist's übers Moor zu gehn.“

(Jochen Ott [SPD]: Oh, Spiele mit dem Namen sind streng verboten! Und es wird eiskalt im Raum!)

Mit Ihrem Wortbeitrag haben Sie das sehr deutlich gemacht. Annette von Droste-Hülshoff steht hier Pate, und Sie wissen doch ganz genau: Wenn Sie hier sagen, es gibt Christdemokraten, die das und das sagen, dann sage ich Ihnen, dass es auch Sozialdemokraten gibt, die uns sagen, dass das, was die Landesregierung Nordrhein-Westfalen und die sie tragenden Fraktionen vorlegen, gut und verlässlich ist in dieser Zeit, die von einer unsicheren Zukunft geprägt ist.

(Lachen von der SPD)

Insofern haben Sie wahrgenommen – darüber werden wir uns heute auch noch miteinander austauschen –, dass die Perspektive im Sommer noch sehr unklar war. Die Steuerschätzung des Bundes aus November lag noch nicht vor, der Bund hatte uns die Regionalisierungsmittel noch nicht zur Verfügung

gestellt, die Ministerpräsidentenkonferenz hatte bestimmte Entscheidungen noch nicht getroffen, ebenso fehlten Entscheidungen der Ampel aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf der Bundesebene – inzwischen sind sie da –, die massiv in die Kommunalhaushalte eingreifen; auch das gehört zur Wahrheit dazu. Deswegen löst sich mit jedem weiteren Tag, denke ich, der Nebel mehr und mehr auf, und es wird zunehmend klarer.

(Jochen Ott [SPD]: Die Kälte vertreibt den Nebel!)

Daher bin ich froh, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen ihre Bereitschaft signalisiert haben, in diesem Jahr noch bis zu 769 Millionen Euro zur Stabilisierung der Haushalte auszukehren.

Meine Redezeit ist leider vorbei.

(Zurufe von der SPD: Oh! Gott sei Dank!)

Insofern bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die folgenden Debatten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Frau Ministerin, herzlichen Dank. – Nur ganz am Rande: Sollte jemand hier im Saal einen Gedanken daran verschwenden, was man einem Präsidenten in der Adventszeit schenken könnte, dann habe ich einen Vorschlag: Redezeit.

(Heiterkeit)

Bei dieser Beratung des Punkts „Kommunales und Heimat“ haben wir sogar eine Minute Plus gemacht – sensationell! Die Geschenke können gerne größer werden.

Wir kommen jetzt zu:

b) Bauen und Wohnen

Für die SPD hat Ralf Stoltze das Wort. Bitte schön.

Ralf Stoltze* (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sie werden sich nicht wundern, dass ich auch im Bereich Wohnen und Bauen der selektiven Wahrnehmung der Landesregierung und der sie tragenden Parteien ein paar Fakten entgegensetzen möchte.

Fangen wir mal mit der Frau Ministerin Neubaur an, die sich mit ihrer Forderung nach der Verankerung eines Rechts auf Wohnen weder in der Verfassung noch im Koalitionsvertrag durchsetzen konnte. Das ist schon bedauerlich gewesen. Dass Sie aber mit Ihrer Grünenfraktion diesen Haushalt mit vertreten und ihm voraussichtlich zustimmen werden, ist schon

bemerkenswert, insbesondere da er Ihren wohnungspolitischen Zielen derartig widerspricht.

Auch wenn die Zahlen auf den allersten Blick gut aussehen, ist von eigener politischer Gestaltungskraft, von eigenen Ideen, die auch mit entsprechenden Mitteln hinterlegt sind, oder gar von politischen Prioritätensetzungen in diesem Haushalt nichts zu finden. Für uns ist das ein Stück weit Arbeitsverweigerung in einem Politikfeld, das von zentraler Bedeutung für die Menschen in Nordrhein-Westfalen ist.

(Beifall von der SPD)

Zwar steigt der Saldo der Ausgaben um 163,4 Millionen Euro auf gut 1 Milliarde Euro, der Anteil von Eigenmitteln des Landes liegt dabei aber gerade mal bei 10 % des Gesamtvolumens. Alles andere – und das verschweigen Sie in der Öffentlichkeit ja gerne –

(Rainer Schmelzter [SPD]: Immer!)

sind aber Bundesmittel. So nehmen Sie natürlich gerne die 147 Millionen Euro für den öffentlich geförderten Wohnungsbau und die 21,1 Millionen Euro mehr für den klimagerechten sozialen Wohnungsbau vom Bund an, um Ihre Bilanz zu schönen.

(Jochen Ott [SPD]: Da haben wir übrigens beim Scholz angerufen!)

– Immerhin.

(Heiterkeit von der SPD)

434 Millionen Euro, also 42,6 %, sind für das Wohngeld Plus vorgesehen. Und was macht die zuständige Ministerin? Sie eröffnet genau dort eine neue politische Front gegen die Bundesregierung; nachvollziehbar ist das nicht. Sie lenken damit nur lautstark davon ab, dass Sie der Auffassung sind, dass für die politische Gestaltung der Wohnungspolitik eigentlich der Bund zuständig ist und Sie sich zurücklehnen können. Das werden wir Ihnen aber nicht durchgehen lassen.

(Beifall von der SPD)

Ihr im Koalitionsvertrag festgeschriebenes Ziel von nur 45.000 geförderten Wohnungen ist und bleibt ambitionslos, und das, obwohl Architektenkammer, DGB, Mieterbund und auch der VDW Ihnen deutlich gemacht haben, dass diese Zahl nicht ausreichend sein wird und sein kann, um die Versorgung der Menschen in NRW mit bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen.

Nur um es noch mal deutlich zu machen: Im letzten vollen Jahr einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung, also in 2016, wurden 64.287 Förderzusagen erteilt – in einem Jahr!

(Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung: 64.000? Das sollten Sie aber mal überprüfen!)